

Atmungsaktiv und schussicher

ARMEE Mit 377 Millionen Franken rüstet die Schweizer Armee sämtliche 100 000 Soldaten für den Konflikt der Zukunft aus – mit schussicheren Panzerwesten. Braucht es das wirklich? Das fragt jetzt eine Parlamentskommission.

Bequem sollen es die Soldaten künftig haben – mit wasserdichten, atmungsaktiven und warmen Kleidern, die weder kratzen noch drücken. Und trotzdem soll die neue Kampfkleidung derart resistent sein, dass sie Schutz bietet gegen Granatsplitter und Gewehrprojekte. Was nach der Quadratur des Kreises klingt, glaubt die Schweizer Armee gefunden zu haben. Und wie immer im Militär gibt es dafür eine Abkürzung: MBAS. Die Buchstaben stehen für die Modulare Bekleidung und Ausrüstung, welche das Verteidigungsdepartement (VBS) mit dem Rüstungsprogramm 2018 beschaffen will: eine vollständig neue Kampfausrüstung für die ganze Armee. Kosten: rund 3700 Franken pro Soldat, total 377 Millionen Franken.

Für «hybride Konflikte»

Die Hälfte dieses Betrages verschlingt das Herzstück der neuen Kampfmontur: Schutzwesten für 100 000 Soldaten. Wobei Schutzweste stark untertrieben ist: Im Grunde ist es ein ganzes Schutzsystem, das die Rüstungsbehörde Armasuisse ausgetüftelt hat. Es besteht aus zwei verschiedenen Westen mit Taschen, in welche



Modulare Bekleidung und Ausrüstung an der Präsentation der Armeebotschaft 2018 in Thun.

Foto: Keystone

der Soldat oder die Soldatin Schutzplatten einschieben kann – am Rücken, am Bauch, an den Seiten oder im Genitalbereich. Die Schutzplatten gibt es in zwei Ausführungen. Je nach Einsatz und Bedrohung montiert man entweder weiche und flexible Schutzelemente, welche gegen Granatsplitter schützen. Oder – wenn es ganz heftig wird – harte und steife Panzerplatten aus Armaidgewebe, besser bekannt unter dem Markennamen Kevlar. Mit den harten Platten wiegt die Schutzbekleidung über 10 Kilogramm und schränkt die Beweg-

lichkeit erheblich ein. Dafür sollen die harten Platten gar einem Direktbeschuss aus Sturmgewehren widerstehen.

Zwar hat die Armee schon vor rund zwanzig Jahren die Schutzwesten 96 beschafft. Das Gros der 75 000 vorhandenen Westen bietet aber lediglich Splitterschutz. Für «robustere Einsätze», wie das VBS es nennt, hat die Armee heute nur rund 25 000 Westen an Lager, die zudem am Ende ihrer Lebensdauer angelangt seien. Ist es aber sinnvoll, jetzt gleich alle Armeegehörigen vom Armeeechef bis zum Küchengehilfen mit ei-

nem topmodernen Schutzanzug auszurüsten? Diese Frage wirft jetzt die Sicherheitspolitische Kommission des Ständerats auf. Sie will wissen, «ob es wirklich für alle 100 000 Soldaten dicke und dünne Schutzplatten braucht», sagt Kommissionspräsident Josef Dittli (FDP). Bevor die Kommission in dieser Frage entscheidet, verlangt sie von Verteidigungsminister Guy Parmelin zusätzliche Auskünfte. Für Brigadier Rolf Siegenthaler ist die Antwort klar. Die Konflikte der Zukunft seien «hybrid», erläuterte der Chef der Armeepaltung in

Thun. Eine klare Frontlinie gebe es heute nicht mehr, terrorähnliche Bedrohungslagen könnten überall auftreten. In solchen Konfliktformen sei «jeder, der eine Uniform trägt, ein potenzielles Ziel» und müsse sich angemessen schützen können.

Aufträge fürs Ausland

Unbestritten in der ständerätlichen Kommission sind die übrigen Kleider, welche die Schweizer Soldaten neu erhalten sollen. Ersetzt wird die ganze Ausrüstung von der militärischen Unterhose bis zur Winterjacke. Die neue Bekleidung besteht aus Dutzenden von Hosen, Shirts, Jacken, Mützen und Pelerinen aus modernsten Materialien, die je nach Wetter und Temperatur kombiniert werden sollen.

Zwar ist auch die heutige «Kampfbekleidung 90» nach dem «Zwiebelschalensystem» aufgebaut. Bezüglich Atmungsaktivität und Witterungsschutz habe die Bekleidungstechnologie seither aber grosse Fortschritte gemacht, begründet das VBS die Neuananschaffung. Dabei kauft es nicht ab Stange: Entwickelt wurde die neue Kampfbekleidung von Armasuisse. Sollte das Parlament die Neueinkleidung bewilligen, wird Armasuisse den Auftrag öffentlich ausschreiben. Weil es in der Schweiz keine Textilindustrie mehr gibt, die solche Volumen bewältigen könnte, rechnet das VBS damit, dass rund 85 Prozent der Aufträge ins Ausland gehen.

Markus Häfliger, Thun

In Kürze

SCHWEIZER FERNEHEN Ausländische Sender würden profitieren

Von einem Werbeverbot auf SRF 1 ab 20 oder 22 Uhr würden in erster Linie ausländische Werbefenster und Social Media profitieren. Die Werbegelder würden zu einem grossen Teil ins Ausland fließen. Zu diesem Schluss kommt der Bund in einem neuen Bericht. *sda*

WASSERKRAFTWERKE Schutz vor Übernahmen

Die Energiekommission des Nationalrates (Urek) will verhindern, dass Wasserkraftwerke, Strom- und Gasnetze durch ausländische Unternehmen übernommen werden. Sie hat einstimmig einen entsprechenden Vorstoss von Jacqueline Badran (SP, ZH) angenommen. *sda*

KANTON GENÈVE Heftige Kritik an der Wahlbroschüre

Weniger als einen Monat vor den Wahlen im Kanton Genève ist heftige Kritik an der Wahlbroschüre aufgekommen. Für Unmut sorgt ein Beispielwahlzettel, bei dem einige reale Kandidaten bereits ein Kreuz erhalten haben. Für die SVP ist die Genfer Staatskanzlei zu weit gegangen. «Wir werden die Broschüre anfechten», sagte der SVP-Nationalrat Yves Nidegger gestern dazu. *sda*

Mostindien war Rostindien

THURGAU Im Landwirtschaftskanton Thurgau wurden früher auch Autos und Lastwagen gebaut. Daran erinnert die Ausstellung «Schreck und Schraube».

Der Kanton Thurgau ist im Volksmund als Mostindien bekannt. Aber im Landwirtschaftskanton bauten etwa Martini in Frauenfeld oder Saurer in Arbon auch Autos und Lastwagen. Daran erinnert die Ausstellung «Schreck und Schraube. Weltindustrie im Thurgau».

Mostindien müsste eigentlich «Rostindien» heissen, schreibt das Historische Museum des Kantons Thurgau über die Sonderausstellung, die vom 23. März bis zum 21. Oktober im Alten Zeughaus in Frauenfeld zu sehen ist. «Schreck und Schraube» gebe Einblick in eine wenig bekannte Seite des Apfelkantons.

Der Thurgau gehörte zu den früh industrialisierten Gebieten in Europa. Bereits im 17. Jahrhundert entstand eine florierende Industrie. In Frauenfeld gründete der Konstrukteur und Erfinder Friedrich von Martini 1860 eine Maschinenfabrik, aus der seine Söhne später eine Personenwagenfabrik machten. Von 1897 bis 1934 liefen bei Martini rund 3500 Autos vom Förderband.

Noch bekannter wurde Adolph Saurers Fabrik in Arbon, deren Aufstieg 1869 mit der Herstellung von Stickmaschinen begann. Ab 1903 baute Saurer Lastwagen, die während 80 Jahren das Bild auf den Schweizer Strassen prägten. 1987 lieferte die Fabrik den letzten Saurer aus.

Die Ausstellung geht aber auch auf Themen wie Kinderarbeit, Angst und Ausländer und damit auf die Schattenseiten der Industriegeschichte ein. *sda*

So gross ist die Prämienlast

KRANKENKASSEN Nicht mehr als 10 Prozent des Einkommens: Die Linke pusht derzeit die Idee einer Obergrenze für Krankenkassenprämien. Viele Schweizer bezahlen schon heute deutlich mehr.

Die Krankenkassenprämien steigen schneller als die Einkommen der meisten Schweizerinnen und Schweizer. In den letzten zwei Jahrzehnten im Schnitt jedes Jahr um 4,6 Prozent. Die Folge: Sie belasten die Haushalte immer stärker. Politisch werden deshalb Rufe nach einer Obergrenze für die Prämien der Grundversicherung laut. Von linker Seite wird derzeit die Idee einer Obergrenze von 10 Prozent des verfügbaren Haushaltseinkommens gepusht.

Am Montag wurde im Kanton Genève eine entsprechende Initiative eingereicht, wie zuvor schon im Kanton Baselland. Im Kanton Waadt ist die Obergrenze von 10 Prozent bereits beschlossen und soll 2019 eingeführt werden. Und die SP Schweiz arbeitet an einer nationalen Initiative, die Ende Jahr auf dem Parteitag abgesegnet werden soll.

Wie hoch sind die Ausgaben?

Deshalb stellt sich die Frage: Wie viel geben Haushalte in der Schweiz heute im Verhältnis zu ihrem verfügbaren Einkommen für die Grundversicherung aus?

Aufschluss gibt die Haushaltsbudgeterhebung des Bundesamtes für Statistik. Gemäss dem zuständigen Spezialisten werden dazu jedes Jahr rund 3000 Haushalte zu ihren Einkünften und Ausgaben befragt. Die aktuellsten verfügbaren Daten, die auch Vergleiche zwischen verschiedenen Haushaltstypen zulassen, stammen aus der Periode 2012 bis 2014. Seither sind die Krankenkassenprämien weiter angestie-

gen, weshalb die Werte inzwischen höher sein dürften.

Das lässt sich aus der Haushaltsbudgeterhebung 2012–2014 herauslesen:

- Durchschnitt aller Haushalte: Pro Monat wurden 568 Franken Prämien bezahlt. Das entsprach 8 Prozent des verfügbaren Einkommens. In dieser Kategorie sind als einzige auch Zahlen für 2015 vorhanden. Damals wurden 589 Franken Prämien bezahlt oder 8,5 Prozent des verfügbaren Einkommens.
- Durchschnitt Paarhaushalt mit Kindern: Pro Monat wurden 751 Franken für Prämien bezahlt oder 7,7 Prozent des verfügbaren Einkommens.
- Durchschnitt Haushalte von Einzelpersonen: Pro Monat wurden 325 Franken für Prämien bezahlt oder 7,5 Prozent des verfügbaren Einkommens.
- Durchschnitt Haushalte von Einzelpersonen im Pensionsalter: Pro Monat wurden 371 Franken für Prämien bezahlt oder 10,1 Prozent des verfügbaren Einkommens.
- Durchschnitt Haushalte von Paaren ohne Kindern: Pro Monat wurden 628 Franken für Prämien bezahlt oder 8,1 Prozent des verfügbaren Einkommens.

In diesen Durchschnittswerten sind viele Haushalte mit hohen und sehr hohen Einkommen enthalten, welche das Ergebnis verzerren. Für viele Haushalte machen die Ausgaben für die Krankenkassenprämien einen deutlich höheren Anteil des verfügbaren Einkommens aus. Das zeigt eine Auswertung des Bundesamtes für Gesundheit zur Situation von Haushalten mit Prämienverbilligung. Auch hier stammen die Zahlen aus dem Jahr 2014. Damals bezogen rund 2,2 Millionen Menschen staatlichen Zuschüsse. Das entsprach 27 Prozent aller Versicherten.

Das Bundesamt für Statistik zählt die Verbilligungen zu den Einkünften eines Haushalts hinzu und berechnet danach das Verhältnis zur Höhe der Prämien. In der Auswertung des Bundesamtes für Gesundheit wurden die Kosten berechnet, die für einen Haushalt nach Abzug der staatlichen Zuschüsse übrig bleiben.

Das ergab die Auswertung zu den Haushalten mit Prämienverbilligung:

- Alle Modellhaushalte: Trotz Verbilligung machten die reduzierten Prämien im gesamt-

schweizerischen Durchschnitt 12 Prozent des verfügbaren Einkommens aus. Zwischen den einzelnen Kantonen gibt es grosse Unterschiede.

- Modellhaushalt Rentnerin: Im Durchschnitt liegt die Belastung bei 11 Prozent des verfügbaren Einkommens. Im Kanton Zug (8 Prozent) ist die Belastung am tiefsten, im Kanton Basel-Stadt (16 Prozent) am höchsten.
- Modellhaushalt Paar mit zwei Kindern: Im Durchschnitt liegt die Belastung bei 12 Prozent des verfügbaren Einkommens. Im

Kanton Zug (6 Prozent) ist die Belastung am tiefsten, im Kanton Bern (18 Prozent) am höchsten.

- Modellhaushalt Alleinerziehend mit zwei Kindern: Im Durchschnitt liegt die Belastung bei 8 Prozent des verfügbaren Einkommens. Im Kanton Appenzell Ausserrhodens (4 Prozent) ist die Belastung am tiefsten, im Kanton St. Gallen (12 Prozent) am höchsten.
- Modellhaushalt Paar ohne Kinder: Im Durchschnitt liegt die Belastung bei 15 Prozent des verfügbaren Einkommens. Im Kanton Zug (8 Prozent) ist die Belastung am tiefsten, im Kanton Bern (23 Prozent) am höchsten.

Die obigen Zahlen zeigen, dass schon heute viele Haushalte mehr als 10 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien ausgeben. Und das trotz dem heutigen System mit den Verbilligungen, das Bund und Kantone über 4 Milliarden Franken pro Jahr kostet. Mit der Einführung einer Obergrenze würden diese Ausgaben deutlich erhöht. Alleine für den Kanton Genève rechnen die Initianten des diese Woche eingereichten Volksbegehrens mit zusätzlichen Kosten von 250 Millionen Franken pro Jahr.

Anmerkung: In Medienmitteilungen des Bundesamtes für Gesundheit (zum Beispiel in dieser hier) wird angegeben, dass die Prämienbelastung der Gesamtbevölkerung 2014 bei etwa 6 Prozent des verfügbaren Einkommens liegt. Das ist falsch, wie das Bundesamt für Statistik auf Anfrage von Tagesanzeiger.ch/Newsnet bestätigt. 6 Prozent entspricht dem Verhältnis zum Bruttoeinkommen aller Haushalte. Also dem Einkommen vor Abzug der obligatorischen Ausgaben für Steuern, Krankenkassenprämien und Sozialversicherungsabgaben. *Luca de Carli*



Hunderte Personen gingen auf die Strasse: Demonstration in Gemf vom 18. November 2017 gegen zu hohe Krankenkassenprämien. Foto: M. Trezzini (key)